

# Wider die Legendenbildung über die Gründung der Partei ‚Die Linke.‘

## Zur Kapitulation und Selbstaufgabe der WASG\*

### Von Volker Stork

Die WASG war explizit auch eine Anti-PDS-Gründung. So hieß es im ersten programmatischen Papier des Vereins WASG (Eckpunkte) im ersten Absatz, die WASG trete gegen die neoliberale Einheitspartei CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE/PDS an. Zur PDS-Kritik der WASG lohnt auch eine erneute Lektüre der Bundes-Newsletter bis zur NRW-Wahl; ebenso manche Presseinterviews von Mitgliedern des geschäftsführenden Bundesvorstandes. Außer Troost haben alle – also Ernst, Händel und Lösing – in Interviews die PDS dezidiert und vehement kritisiert., eine Zusammenarbeit mit ihr weit von sich gewiesen, und zwar mit Blick auf ihre Politik in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Wäre dies anders gewesen, wäre die Vereinsgründung der WASG eine neue Sekte ohne Einfluss geworden, also bereits im Ansatz gescheitert. Wäre nämlich von Anfang an über eine künftige Zusammenarbeit mit der PDS seitens der WASG-Führung offen geredet worden, wären von den Ex-SPD-Mitgliedern nur die Stamokaps in die WASG eingetreten, von den undogmatischen Linken nur wenige und von den vielen Unzufriedenen ohne politische Erfahrung (hier in Bremen von den Aktiven z.B. die gesamte „Satzungsgruppe“) keiner. In Bremen hätten Troost (dessen langjährige DKP-Mitgliedschaft bis 1987 erst im Januar 2007 hier bekannt wurde) und Hofschien bestenfalls 20 Leute um sich scharen können, wenn überhaupt.

Dies alles änderte sich durch das Ultimatum Lafontaines nach der NRW-Wahl – einigten sich PDS und WASG über einen gemeinsamen Wahlantritt zur vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005, stehe er zur Verfügung, aber nur dann – praktisch über Nacht. Damit setzte er die WASG unter Zugzwang. Nach der derart erzwungenen Kandidatur der WASG auf der offenen Liste der PDS blieb ersterer nur noch die Flucht nach vorne, die Gründung einer neuen Partei. Genau dies, die Gründung einer neuen Partei, war von der PDS nicht gewollt.

In der WASG war der „Parteibildungsprozess“ die Angelegenheit des geschäftsführenden Bundesvorstandes und einer kleinen, von ihm eingesetzten Steuerungsgruppe, die zunehmend geheim agierte. Bis zur Veröffentlichung des Morlock-Gutachtens im Oktober 2006 wurde die WASG-Mitgliedschaft in dem Glauben gelassen, es werde tatsächlich eine neue Partei gegründet werden. Thema des Morlock-Gutachtens, von der Linkspartei.PDS in Auftrag gegeben und bezahlt, war aber etwas anderes, die rechtliche Klärung der juristischen Bedingungen eines Beitritts der WASG in die Linkspartei.PDS. Den aufbegehrenden Mitgliedern wurde dies als politische Neugründung verkauft, während die juristische Fortexistenz der Linkspartei.PDS als Rechtsvorgängerin der „neuen“ Partei eine bloße Formalie sei. So wurde den WASG-Mitgliedern und der Öffentlichkeit die Umbenennung der Linkspartei.PDS in die Partei Die Linke und der kollektive Beitritt der aufgelösten WASG in sie als Gründung einer „neuen“ Partei dargestellt. An zwei oder drei Stellen seines Gutachtens bemerkt Morlock aber, auch eine juristische Neugründung sei, wenn auch unter erschwerten Bedingungen möglich. Diese Variante verfolge er nicht weiter, weil der Auftraggeber des Gutachtens, die PDS, diesen Weg ausschliesse. Die Linkspartei.PDS wollte keine Gründung einer neuen Partei, weil sie in dem Fall nicht mehr den Parteiapparat stellen und die Parteikasse sowie die Parteistiftung kontrollieren würde.

Dass es sich bei der Partei Die Linke um keine „neue“ Partei handelt, wie es die ehemaligen WASG-Mitglieder und die Öffentlichkeit glauben sollen, ist vor einigen Monaten Teilen der veröffentlichten Meinung nach einer Gerichtsentscheidung über die SED/PDS-Rechtsnachfolge der PDL, in der es um das Altvermögen der SED ging, klar geworden. Beim Beitritt der WASG in die umbenannte PDL handelt es sich in

Wirklichkeit um die Kapitulation und Selbstaufgabe der WASG.

Zur Selbstaufgabe der WASG gab es aber keine Alternative, politisch war sie nämlich schon lange vor der Fusion untergegangen, weil ihrer Führung der Wille und die Kraft fehlten, im Jahre 2006 den Mitgliedern die Wahrheit zu sagen und sie vor die Alternative zu stellen, entweder Eintritt in die Linkspartei.PDS oder Abbruch des Parteibildungsprozesses, was als ersten Schritt den Auszug der 14 WASG-Bundestagsabgeordneten aus der Fraktion die Linke bedeutet hätte. Letzteres illustriert, wie unrealistisch ein solcher Abbruch zum damaligen Zeitpunkt gewesen wäre. Gleichwohl wäre es die einzige Möglichkeit für einen autonomen Neuanfang der WASG gewesen. Denn die Flucht in die Arme der Linkspartei.PDS als praktizierte Rettungsstrategie birgt zugleich den Keim des politischen (vorläufig nicht elektoralen) Scheiterns der PDL in sich. Dies illustrieren bereits die Vorgänge um die Farce der Urabstimmung über die Gründung der „neuen“ Partei im Frühjahr 2007.

Die WASG hatte während ihrer 30-monatigen Existenz als Partei insgesamt rd. 20.000 Mitglieder. Am Stichtag für die Urabstimmung, dem 31.12.2006, waren es rd. 11.300 Mitglieder, von denen wiederum nur rd. 8.000 wahlberechtigt waren, weil der Rest keine Beiträge mehr zahlte. Nachdem in den ersten Wochen die Wahlbeteiligung an der Urabstimmung weit unter 50 Prozent lag, erlaubte der Bundesvorstand satzungswidrig die Teilnahme der beitrags säumigen Mitglieder an ihr. Auf diesem Weg wurde die Wahlbeteiligung auf 52 Prozent gehievt, quasi die absolute Schwundstufe demokratischer Legitimation für den Beitritt in die umbenannte Linkspartei.PDS. Von den rd. 5.900 Wählerinnen und Wählern stimmten rd. 80 Prozent für den Beitritt, das sind rd. 4.700 Mitglieder, gemessen an der Gesamtmitgliedschaft mit rd. 41 Prozent also die klare Minderheit.

An dem Punkt kommt das bestgehütete Geheimnis des WASG-Bundesvorstandes ins Spiel, die Anzahl der Doppelmitglieder aus der PDS. Ich meine mich zu erinnern, dass es bis zum Herbst 2006 allgemeiner Konsens war, dass an der Urabstimmung, die über das Schicksal der WASG entscheidet, nur originäre WASG-Mitglieder wahlberechtigt sein sollten, weil es mit einer demokratischen Praxis unvereinbar sei, bestimmten Doppelmitglieder aus der Linkspartei.PDS über die Auflösung und den Beitritt der WASG in den Rechtsnachfolger ersterer mit.

Wie dem auch sei, an der Urabstimmung nahm auch die Linkspartei.PDS-Kolonie in der WASG teil. Bei der PDS-Urabstimmung über die „neue“ Partei betrug die Wahlbeteiligung weit über 80 Prozent und die Zustimmung weit über 90 Prozent. Überträgt man diese Werte auf das Wahlverhalten der PDS-Doppelmitglieder in der WASG bei deren Urabstimmung (eine konservative Annahme, weil die PDS-Doppelmitglieder pro „neue“ Partei waren und deshalb beispielsweise in Bremen auf Drängen von Troost und Hofschens zwecks Mehrheitsbeschaffung gezielt in den Landesverband aufgenommen werden sollten, wobei allerdings meines Wissens der letzte Landesvorstand seit Sommer 2006, nachdem ich dieses schmutzige Spiel parteiöffentlich gemacht hatte, nicht mehr mitmachte), ergibt sich folgendes Bild. Bei einem 20-prozentigen Anteil von PDS-Doppelmitgliedern in der WASG (zu diesem Wert siehe unten) und 80-prozentiger Wahlbeteiligung und 90-prozentiger Zustimmung haben von rd. 2.200 Doppelmitgliedern rd. 1.750 an der Urabstimmung teilgenommen und davon knapp 1.600 für den Beitritt gestimmt. Von den insgesamt 5.900 Wählerinnen und Wählern waren also lediglich 4.150 originäre WASG-Mitglieder, das sind 37 Prozent der 11.300 Gesamtmitglieder, knapp 46 Prozent der 9.100 originären WASG-Mitglieder und 70 Prozent der insgesamt 5.900 Abstimmenden. Von den insgesamt 4.700 Ja-Stimmen stammen 1.600 von den PDS-Doppelmitgliedern, d.h. lediglich 3.100 originäre WASG-Mitglieder stimmten für die „neue“ Partei. Das sind 28 Prozent aller Mitglieder, 34 Prozent der originären WASG-Mitglieder insgesamt, zwei Drittel der gesamten Ja-Stimmen und von den originären WASG Wählerinnen und Wählern stimmten 74 Prozent mit Ja. Eine demokratische Legitimation sieht anders aus.

Allein schon diese Vorgänge bei der Urabstimmung über den Beitritt der WASG in die in die PDL umbenannte Linkspartei.PDS erhellen, warum der „Parteiaufbau West“ der PDL bis heute auf der Stelle tritt, rd. ein Drittel ihrer westdeutschen Mitglieder keine Beiträge zahlen, ihre übergroße Mehrheit Karteileichen sind, sie zu einer Wahlpartei ohne Grundsatzprogramm degeneriert ist, die vom Apparat beherrscht wird, Mitglieder in der Öffentlichkeit immer wieder über die undemokratische Praxis in den Gliederungen der Partei berichten und klagen, sich die Parteiaustritte häufen.

Stimmt aber der Anteil von 20 Prozent Doppelmitgliedern? Im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Veröffentlichung der Parteimitgliedszahlen im Frühjahr 2008 waren plötzlich nicht mehr 11.300 WASG-Mitglieder von der in Die Linke umbenannten Linkspartei.PDS übernommen worden, sondern, wenn ich mich recht erinnere, lediglich rd. 8.800 oder sogar noch weniger. Ich habe diese Zahl später nur noch einmal in einem Artikel von Thies Gleiss in der SOZ gelesen, in dem er sich darüber wunderte, dass der Parteivorstand der PDL über diese Differenz den Mantel des Stillschweigens deckte (wie auch, nebenbei gesagt, über einen plötzlich auf einem WASG-Konto auftauchenden niedrigen sechsstelligen Euro-Betrag). Neben einigen hundert Austritten anlässlich der Übernahme der WASG kann ich mir diesen Schwund nur damit erklären, dass nach vollzogener Fusion die Zahlen um die Doppelmitgliedschaften bereinigt werden mussten (Parteiengesetz). Insofern scheint mir meine Annahme von 20 Prozent Doppelmitgliedern in der WASG realistisch zu sein.

Obige Klarstellungen sind allein als Gegengift gegen Legendenbildungen über die Entstehung der PDL von Interesse, damit bei einem möglichen zukünftigen Neuanfang nicht die alten Fehler bewusstlos noch einmal wiederholt werden. Dem selbstverschuldeten und -verursachten Untergang der WASG ist keine Träne nachzuweinen. Es gilt, aus dem Scheitern der WASG die nötigen Lehren zu ziehen.

\* Ich habe alle Daten aus dem Gedächtnis zitiert; Berichtigungen sind willkommen.